

Sitzung vom

19. April 2022

Mitgeteilt den

21. April 2022

Protokoll Nr.

365/2022

Auftrag Derungs

betreffend Einführung von Stimmrechtsalter 16 (aktives Wahl- und Stimmrecht)

Antwort der Regierung

Die Frage der Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre wurde in jüngerer Vergangenheit im Kanton Graubünden bereits mehrmals thematisiert. So lehnte der Grosse Rat zwei darauf abzielende parlamentarische Vorstösse in den Jahren 2007 und 2009 ab (vgl. GRP 6 I 2006/2007, S. 1220 ff.; GRP 2 I 2009/2010, S. 343 ff.). Eine von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Jungparteien lancierte Volksinitiative für Stimmrechtsalter 16 in Graubünden wurde nicht eingereicht (vgl. Kantonsamtsblatt Nr. 14 vom 9. April 2009, S. 1394). Die Forderung wurde in der Folge von den Jugendsessionen 2016 und 2019 wieder aufgenommen; die eingereichten Petitionen wurden von der Regierung ablehnend beantwortet (vgl. Regierungsbeschlüsse vom 16. August 2016, Prot. Nr. 731/2016 und vom 18. Juni 2019, Prot. Nr. 461/2019). Die Ausgangslage hat sich seither zwar nicht grundlegend geändert. Nach wie vor nicht ganz unproblematisch sieht die Regierung das Stimmrechtsalter 16, weil dadurch die zivilrechtliche von der politischen Mündigkeit abweichen würde. Zudem würde eine unterschiedliche Altersschwelle für das aktive und das passive Wahlrecht geschaffen. Auf der anderen Seite ist die politische Unterstützung für das Anliegen in Graubünden in den letzten Jahren gestiegen.

Ein interkantonaler Vergleich zeigt, dass heute einzig der Kanton Glarus das Stimmrechtsalter 16 kennt. In anderen Kantonen wurden in den letzten Jahren Vorlagen zum Stimmrechtsalter 16 vom Stimmvolk stets abgelehnt. Jüngst im Kanton Neuenburg im Februar 2020 und im Kanton Uri im September 2021. Der Kantonsrat von Luzern hat sich im Dezember 2021 gegen die Einführung des Stimmrechtsalter 16 ausgesprochen, gleiches tat der Kantonsrat Zug im Juli 2021.

Eine Studie des Zentrums für Demokratie Aarau aus dem Jahr 2021 zur Frage der politischen Beteiligung im Kanton Glarus (Philippe E. Rochat und Daniel Kübler, Die politische Beteiligung im Kanton Glarus, Mai 2021, Zusatzauswertung) kommt zum Schluss, dass das Interesse an kommunaler und kantonaler Politik in dieser Altersstufe eher unterdurchschnittlich sei, während ihr Interesse an der internationalen Politik in etwa gleich wie bei den älteren Befragten sei. Gesamthaft betrachtet sei eher von einer tiefen Partizipationswahrscheinlichkeit auszugehen, wobei das Ergebnis aufgrund der geringen Anzahl der Befragten mit Vorsicht zu geniessen sei.

Dies bestärkt die Regierung in ihrer Auffassung, dass die Zeitspanne zwischen dem 16. und 18. Altersjahr auch dazu genutzt werden sollte, den Jugendlichen politische Inhalte und Kenntnisse im schulischen Umfeld näherzubringen und ihre politischen Kompetenzen zu fördern.

Die Regierung anerkennt die breite politische Unterstützung für das Anliegen im Grossen Rat, welche mit vorliegendem Auftrag zum Ausdruck gebracht wird. Vor diesem Hintergrund und der aktiven Diskussionen in anderen Kantonen und auf Bundesebene will sie sich den Bestrebungen, die politische Partizipation der Jugendlichen zu erhöhen, nicht verweigern. Sie ist deshalb bereit, den vorliegenden Auftrag entgegenzunehmen und dem Grossen Rat eine Änderung der Kantonsverfassung zu unterbreiten, die für die kommunalen und kantonalen Angelegenheiten das aktive Stimm- und Wahlrecht 16 vorsieht.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

i.V. C. Hartmann Lütcher

Auftrag Derungs betreffend Einführung von Stimmrechtsalter 16 (aktives Wahl- und Stimmrecht)

Art. 9 der Kantonsverfassung (KV) sieht das Stimm- und Wahlrecht ab dem vollendeten 18. Lebensjahr vor. Die Jugendsession Graubünden hat im April 2019 eine Petition zur Einführung von Stimmrechtsalter 16 eingereicht.

Auf Bundesebene wurde im Jahr 2021 ein Antrag der Staatspolitischen Kommission angenommen, welcher die Einführung des aktiven Stimmrechtsalters 16 auf Bundesebene fordert. Der Kanton Glarus etwa kennt das Stimmrechtsalter 16 bereits seit 2007. Sowohl der Bund als auch der Kanton Glarus wollen damit der heutigen frühen gesellschaftlichen Integration der Jugendlichen und ihrer Aufgeschlossenheit gegenüber politischen Themen Rechnung tragen.

Die Schweiz ist kein Vorreiter, was die politische Partizipation von Jugendlichen betrifft. Österreich hat das Stimmrechtsalter 16 im Jahre 2007 eingeführt und Deutschland hat in mehr als 10 Bundesländern das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre gesenkt. Nun ist es für Graubünden an der Zeit, die demografischen Entwicklungen und das politische Interesse der Jugend zu würdigen und das aktive Stimmrechtsalter auf 16 Jahre zu senken.

Graubünden hat mit dem Lehrplan 21 den Grundstein für eine aktivere politische Partizipation der Jugendlichen gelegt. Der Lehrplan 21 bietet die Flexibilität, aktuelle politische Themen vermehrt und intensiver zu behandeln. Theoretisch sollen nationale, kantonale und kommunale politische Strukturen früher als jetzt erklärt werden - möglichst in der 1. und 2. Oberstufe.

Insbesondere nachfolgende Gründe sprechen für die Einführung des Stimmrechtsalter 16:

1. verstärktes politisches Gewicht der Jugend bei kantonalen/kommunalen Abstimmungen und Wahlen

Bei kommunalen wie auch kantonalen Angelegenheiten, welche die Jugend unter Umständen stark betreffen, wird sie momentan nur spärlich oder gar nicht in die regulären politischen Prozesse miteinbezogen.

2. gestärktes politisches Verantwortungsbewusstsein der Jugend

Die Jugend wird sich vermehrt der Wichtigkeit bewusst, die eigene Zukunft aktiv mitzugestalten. Schon während der Schulzeit werden die Jugendlichen miteinbezogen und wird vermehrt deren Interesse geweckt.

3. nötiges Verantwortungsbewusstsein in diesem Alter zumutbar

Mit 16 Jahren nehmen Jugendliche bereits hohe Verantwortung wahr und haben komplexe Beurteilungen vorzunehmen sowie Entscheidungen (Lehrstelle, Verkehr...) zu treffen. Politische Partizipation mit aktivem Stimm- und Wahlrecht ist demnach gut zumutbar.

4. frühe, ernsthafte Auseinandersetzung der Jugend mit Politik

Der Vorschlag bietet der minderjährigen Jugend ab dem abgeschlossenen 16. Lebensjahr mit Schweizer Bürgerrecht die Möglichkeit, nicht nur zu demonstrieren und die Meinung zu äussern, sondern sich politisch wirksam zu beteiligen. Der Gestaltungswunsch der Jugend ist am Beispiel der Klimademonstrationen so sichtbar wie seit Jahren nicht mehr. Aber auch die Corona-Debatte hat die Jugend bewegt und bei Jungparteien für Zulauf gesorgt. Die Digitalisierung und die Vorsorge sind weitere Themen, welche bei Jugendlichen hoch im Kurs stehen und für die sie sich engagieren. Anhand dieser Beispiele ist klar ersichtlich, dass das Interesse an aktuellen politischen Themen vorhanden ist und dass die Jugend sich engagieren möchte.

5. dem positiven Beispiel Kanton Glarus folgen

Der konservativ geprägte Kanton Glarus hat schon 2007 gezeigt, dass eine Umsetzung möglich ist und sich bewährt. Graubünden soll diesem positiven Beispiel folgen.

6. verstärkte Bindung zur Heimat

Die frühe, aktive Integration der minderjährigen Jugend in die kommunale Politik bietet die Möglichkeit, eine attraktive Zukunft mitzugestalten und die Bindung zum Heimatort zu stärken. Allfälliger Abwanderung könnte somit besser entgegengewirkt werden.

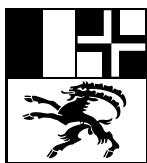
Die Unterzeichnenden erachten die verstärkte und aktive Integration der Jugend in die Politik als sehr wichtig und dringend. Eine Annahme und die weitere Ausarbeitung des Auftrages stärkt das politische Bewusstsein und das Milizsystem.

Aus all den vorgenannten Gründen wird die Regierung hiermit beauftragt, die Kantonsverfassung dahingehend zu ändern, dass im Kanton Graubünden wohnhafte Personen mit Schweizer Bürgerrecht ab dem vollendetem 16. Lebensjahr in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten über das aktive Wahl- und Stimmrecht verfügen.

Chur, 16. Februar 2022

Derungs, Müller (Felsberg), Favre Accola, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Berweger, Brunold, Buchli-Mannhart, Cahenzli-Philipp, Caluori, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Clalüna, Danuser, Degiacomi, Della Cà, Della Vedova, Deplazes

(Rabius), Ellemunter, Epp, Felix, Florin-Caluori, Flütsch, Föhn, Gartmann-Albin, Geisseler, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Horrer, Jochum, Kappeler, Kohler, Kunfermann, Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Papa, Paterlini, Perl, Pfäffli, Preisig, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Salis, Sax, Schmid, Schutz, Stiffler, Thomann-Frank, Ulber, von Ballmoos, Weidmann, Wellig, Widmer-Spreiter (Chur), Wilhelm, Zanetti (Landquart), Bisaz, Bürgi-Büchel, Collenberg, Gujan-Dönier, Heini, Pajic, Spadarotto, Tomaschett (Chur)



Sesida dals

19 d'avrigl 2022

Communitgà ils

21 d'avrigl 2022

Protocol nr.

365/2022

Incumbensa Derungs

concernent l'introducziun dal dretg da votar a la vegliadetgna da 16 onns
(dretg d'eleger e da votar activ)

Resposta da la Regenza

La dumonda da sbassar la vegliadetgna da votar a 16 onns è vegnida tematisada gia pliras giadas en il chantun Grischun l'ultim temp. Uschia ha il Cussegl grond refusà ils onns 2007 e 2009 duas intervenziuns parlamentaras ch'avevan questa finamira (cf. PCG 6 I 2006/2007, p. 1220 ss.; GRP 2 I 2009/2010, p. 343 ss.). Ina iniziativa dal pievel per il dretg da votar a la vegliadetgna da 16 onns en il Grischun, ch'era vegnida lantschada da represchentantas e represchentants da diversas partidas giuvnas, n'è betg vegnida inoltrada (cf. FUC nr. 14 dals 9 d'avrigl 2009, p.1394). Sin quai è la pretensiun vegnida reprimida da la Sessiun dals giuvenils 2016 e 2019; las petiziuns inoltradas èn vegnidas respundidas da la Regenza en moda negativa (cf. conclus da la Regenza dals 16 d'avust 2016, prot. nr. 731/2016, e dals 18 da zercladur 2019, prot. nr. 461/2019). La situaziun n'è bain betg sa midada fundamentalmain dapi lura. Anc adina riguarda la Regenza il dretg da votar a la vegliadetgna da 16 onns sco betg dal tut nunproblematic, perquai che la maiorenitad dal dretg civil divergiass da la maiorenitad politica. Ultra da quai vegniss stgaffida ina barriera da vegliadetgna tranter il dretg d'eleger activ ed il dretg d'eleger passiv. Da l'autra vart è il sustegn politic per questa finamira s'augmentà en il Grischun ils ultims onns.

Ina cumparegliaziun interchantunala mussa, che sulettamain il chantun Glaruna enconuscha actualmain il dretg da votar a la vegliadetgna da 16 onns. En auters chantuns èn tut ils projects da votaziun per in dretg da votar a la vegliadetgna da 16 onns vegnids refusads ils ultims onns. Ultimamain il favrer 2020 en il chantun Neuchâtel ed il settember 2021 en il chantun Uri. Il december 2021 è il parlament chan-

tunal da Lucerna s'exprimì cunter l'introducziun dal dretg da votar a la vegliadetgna da 16 onns. Il medem ha il parlament chantunal da Zug concludì il fanadur 2021.

In studi dal Center per democrazia Aarau da l'onn 2021 davart la dumonda da la participaziun politica en il chantun Glaruna (Philippe E. Rochat e Daniel Kübler, Die politische Beteiligung im Kanton Glarus, matg 2021, Zusatzauswertung) vegn a la conclusiun che l'interess per la politica communal e chantunala en questa vegliadetgna saja plitost sut la media, entant che l'interess dals giuvenils per la politica internaziunala saja circa medem gronda sco tar las persunas pli veglias dumandadas. Tut en tut possian ins plitost partir dal fatg, che la probabilitad da participaziun vegnia ad esser bassa. Pervia dal pitschen dumber da persunas interrogadas saja il resultat dentant da valitar cun precauziun.

Tras quai vegn la posiziun da la Regenza affirmada, che la perioda tranter il 16. ed il 18. onn da vegliadetgna duess er vegnir duvrada per intermediar als giuvenils cuntegns ed enconuschientschas politicas en l'ambient da la scola e da promover lur cumpetenzas politicas.

La Regenza renconuscha il vast sustegn politic en il Cussegl grond per la dumonda che vegn exprimida cun l'incumbensa qua avant maun. En vista a quests fatgs ed en vista a las discussiuns activas en auters chantuns e sin plaun federal na vul la Regenza betg impedir las stentas per augmentar la participaziun politica dals giuvenils. La Regenza è perquai pronta d'acceptar l'incumbensa qua avant maun e da suttametter al Cussegl grond ina midada da la Constituziun chantunala en quel senn, ch'ella prevesa il dretg da votar e d'eleger activ a la vegliadetgna da 16 onns per fatschentas communalas e chantunalas.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

e.sub. C. Hartmann Lütcher

Incumbensa Derungs concernent l'introducziun dal dretg da votar a la vegliadetgna da 16 onns (dretg d'eleger e da votar activ)

L'art. 9 da la Constituziun chantunala (CC) prevesa il dretg d'eleger e da votar a partir dal 18avel onn da vita cumpleni. La Sessiun dals giuvenils ha inoltrà l'avrigl 2019 ina petiziun per introducir il dretg da votar a la vegliadetgna da 16 onns.

Sin plaun federal è vegnida acceptada l'onn 2021 ina proposta da la Cumissiun d'instituziuns politicas che pretenda d'introducir il dretg da votar activ a la vegliadetgna da 16 onns sin plaun federal. Il chantun Glaruna per exempel enconuscha gia dapi l'onn 2007 il dretg da votar a la vegliadetgna da 16 onns. Tant la Confederaziun sco er il chantun Glaruna vulan uschia tegnair quint da l'integrasiun actuala tempriva dals giuvenils en la societad e da lur avertadad envers temas politics.

La Svizra n'ha betg ina rolla da pionier en quai che pertutga la participaziun dals giuvenils a la politica. L'Austria ha introducì l'onn 2007 il dretg da votar a la vegliadetgna da 16 onns e la Germania ha sbassà la vegliadetgna da votar en passa 10 pajais federativs a 16 onns. Ussa èsi ura e temp per il Grischun da tegnair quint dals svilups demografics e d'appreziar l'interess politic da la giuventetgna e da sbassar la vegliadetgna da votar activamain a 16 onns.

Cun il Plan d'instrucziun 21 ha il Grischun mess in emprim crap per ina participaziun politica pli activa dals giuvenils. Il Plan d'instrucziun 21 porscha la flexibilitad da tractar temas politics actuals pli savens e pli intensivamain. Teoreticamain duain las structurass politicas naziunalas, chantunalas e communalas vegnir decleradas pli baud che fin ussa – sche pussaivel gia en la 1. e 2. classa dal stgalim superiur.

Oravant tut ils suandants arguments pledan per l'introducziun dal dretg da votar a la vegliadetgna da 16 onns:

1. in augment da la paisa politica da la giuventetgna tar votaziuns ed elecziuns chantunalas e communalas

Tar chaussas communalas sco er chantunalas che pertutgan eventualmain fermamain la giuventetgna, vegn ella integrada il mument mo darar u insumma betg en ils process politics regulars.

2. in senn da responsabladad politic rinforzà da la giuventetgna

La giuventetgna daventa pli savens conscianta da l'impurtanza da gidar a concepì en moda activa l'agen avegnir. Gia durant il temp da scola vegnan integrads ils giuvenils, e lur interess vegn sveglià adina pli savens.

3. il senn da responsabladad necessari dastga vegnir spetgà en questa vegliadetgna

Cun 16 onns surpiglian giuvenils gia grondas responsabladas e ston far giudicaments complexs sco er prender decisiuns (plazza d'emprendissadi, traffic...). La participaziun politica cun in dretg da votar e d'eleger activ dastga perquai senz'auter vegnir spetgada.

4. ina confruntaziun tempriva e seriusa da la giuventetgna cun la politica

La proposta na porscha a la giuventetgna minorena cun dretg da burgais svizzer a partir dal 16avel onn da vita cumpleni betg mo la pussaivladad da demonstrar e d'exprimer l'opiniun, mabain er da sa participar politicamain en moda efficazia. Il giavisch da la giuventetgna da participar a la concepziun ves'ins vi da l'exempel da las demonstraziuns dal clima uschè bain sco dapi onns betg pli. Ma er la debatta da corona ha muventà la giuventetgna e procurà per in augment tar las partidas giuvnas. Ulteriurs temas èn la digitalisaziun ed il provediment. Ils giuvenils mussan grond interess e s'engaschan er per quests temas. A maun da quests exempels èsi evident, che l'interess per temas politics actuals è avant maun e che la giuventetgna vul s'engaschar.

5. suandar l'exempel positiv dal chantun Glaruna

Il chantun Glaruna, che ha magari ina tempriva conservativa, ha mussà gia l'onn 2007 ch'ina realisaziun è pussaivla e che quella sa cumprova. Il Grischun duai suandar quest exempel positiv.

6. ina collaziun pli ferma cun la patria

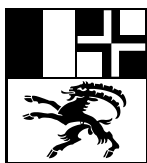
L'integrasiun tempriva ed activa da la giuventetgna minorena en la politica communalas porscha la pussaivladad da gidar a concepì in avegnir attractiv e da rinforzar la collaziun cun il lieu d'origin. Uschia pudessi vegnir fatg frunt meglier ad in'eventuala emigraziun.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders èn da l'opiniun, che l'integrasiun rinforzada ed activa da la giuventetgna en la politica è fitg impurtanta ed urgenta. In'approvaziun e l'ulteriura elavuraziun da l'incumbensa rinforza la conscienza politica ed il sistem da milissa.

Per tut quests motifs numnads qua survart vegn la Regenza cun quai incumbensada da midar la Constituziun chantunala en quel senn, che las persunas domiciliadas en il Grischun che han il dretg da burgais svizzer e che han cumpleni il 16avel onn da vita, han il dretg d'eleger e da votar activ.

Cuira, ils 16 da favrer 2022

Derungs, Müller (Favugn), Favre Accola, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Berweger, Brunold, Buchli-Mannhart, Cahenzli-Philipp, Caluori, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Cuira), Clalüna, Danuser, Degiacomi, Della Cà, Della Vedova, Deplazes (Rabius), Ellemunter, Epp, Felix, Florin-Caluori, Flütsch, Föhn, Gartmann-Albin, Geisseler, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Horrer, Jochum, Kappeler, Kohler, Kunfermann, Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Papa, Paterlini, Perl, Pfäffli, Preisig, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Salis, Sax, Schmid, Schutz, Stiffler, Thomann-Frank, Ulber, von Ballmoos, Weidmann, Wellig, Widmer-Spreiter (Cuira), Wilhelm, Zanetti (Landquart), Bisaz, Bürgi-Büchel, Collenberg, Gujan-Dönier, Heini, Pajic, Spadarotto, Tomaschett (Cuira)



Seduta del
19 aprile 2022

Comunicato il
21 aprile 2022

Protocollo n.
365/2022

Incarico Derungs

concernente l'introduzione dell'età di voto a 16 anni (diritto di elezione e di voto attivo)

Risposta del Governo

Nel recente passato la questione dell'abbassamento dell'età di voto a 16 anni è stata più volte discussa nel Cantone dei Grigioni. Nel 2007 e nel 2009 il Gran Consiglio ha già respinto due interventi parlamentari in tal senso (cfr. PCG 6 I 2006/2007, p. 1220 segg.; PCG 2 I 2009/2010, p. 343 segg.). Un'iniziativa popolare lanciata da rappresentanti di diversi partiti giovanili per portare l'età di voto a 16 anni nei Grigioni non è stata presentata (cfr. Foglio ufficiale cantonale n. 14 del 9 aprile 2009, p. 1394). La richiesta è stata ripresa successivamente in occasione delle sessioni dei giovani del 2016 e del 2019; il Governo ha risposto in modo negativo alle petizioni inoltrate (cfr. decreti governativi del 16 agosto 2016, prot. n. 731/2016 e del 18 giugno 2019, prot. n. 461/2019). Da allora la situazione di partenza non è cambiata in modo sostanziale. Il Governo valuta ancora come non del tutto priva di problemi l'età di voto a 16 anni, poiché in questo modo la maggiore età civica divergerebbe da quella politica. Inoltre verrebbe creata una soglia di età diversa per il diritto di elezione attivo e per quello passivo. D'altro lato nei Grigioni il sostegno politico per la questione è aumentato negli ultimi anni.

Un confronto intercantonale mostra che attualmente solo il Cantone di Glarona prevede l'età di voto a 16 anni. In altri Cantoni le proposte di introdurre l'età di voto a 16 anni sono sempre state respinte dal Popolo. Recentemente ciò è avvenuto a febbraio 2020 nel Cantone di Neuchâtel e a settembre 2021 nel Cantone di Uri. A dicembre

2021 il Gran Consiglio di Lucerna si è espresso contro l'introduzione del diritto di voto a 16 anni, il Gran Consiglio di Zugo ha fatto lo stesso a luglio 2021.

Uno studio del Zentrum für Demokratie di Aarau risalente al 2021 relativo alla questione della partecipazione politica nel Cantone di Glarona (Philippe E. Rochat e Daniel Kübler, Die politische Beteiligung im Kanton Glarus, Mai 2021, Zusatzauswertung) giunge alla conclusione che l'interesse nei confronti della politica comunale e cantonale in questa fascia di età è tendenzialmente inferiore alla media, mentre l'interesse nei confronti della politica internazionale corrisponde a quello degli interrogati più anziani. Complessivamente bisognerebbe attendersi una probabilità di partecipazione bassa, anche se il risultato dovrebbe essere preso con cautela a causa del numero ridotto di interrogati.

Questo rafforza l'opinione del Governo secondo la quale la fascia di età tra i 16 e i 18 anni dovrebbe essere utilizzata anche per avvicinare i giovani alle conoscenze e ai contenuti politici nel quadro scolastico e per promuovere le competenze politiche dei giovani.

Il Governo riconosce l'ampio sostegno politico nei confronti della materia espresso dal Gran Consiglio con il presente incarico. In considerazione di ciò e dei dibattiti in corso in altri Cantoni e a livello federale, il Governo non intende opporsi agli sforzi che mirano ad aumentare la partecipazione politica dei giovani. Esso è quindi disposto ad accogliere il presente incarico e a sottoporre al Gran Consiglio una modifica della Costituzione cantonale che preveda il diritto di voto e di elezione attivo a 16 anni per le questioni comunali e cantonali.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Caduff".

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "C. Hartmann Lütcher".

i.v. C. Hartmann Lütcher

Incarico Derungs concernente l'introduzione dell'età di voto a 16 anni (diritto di elezione e di voto attivo)

L'art. 9 della Costituzione cantonale (Cost. cant.) prevede il diritto di voto e di elezione a partire dal compimento dei 18 anni. Nell'aprile 2019 la Sessione dei giovani dei Grigioni ha presentato una petizione per l'introduzione dell'età di voto a 16 anni.

A livello federale, nel 2021 è stata accolta una richiesta della Commissione delle istituzioni politiche la quale chiede l'introduzione del diritto di voto a livello federale per i sedicenni. Per esempio nel Cantone di Glarona il diritto di voto per i sedicenni esiste già dal 2007. Sia la Confederazione, sia il Cantone di Glarona intendono con ciò tenere conto del fatto che oggi l'integrazione sociale dei giovani avviene prima e che questi sono ricettivi nei confronti dei temi politici.

La Svizzera non è un'antesignana per quanto riguarda la partecipazione politica dei giovani. L'Austria ha introdotto il diritto di voto per i sedicenni nel 2007 e la Germania ha abbassato l'età di voto a 16 anni in oltre 10 Länder. Ora è giunto il momento per i Grigioni di tenere conto degli sviluppi demografici e dell'interesse politico dei giovani e di abbassare il diritto di voto attivo a 16 anni.

Con il Piano di studio 21 i Grigioni hanno gettato le basi per una partecipazione politica più attiva da parte dei giovani. Il Piano di studio 21 offre la flessibilità necessaria per trattare in misura maggiore e in modo più intenso i temi politici d'attualità. Sul piano teorico le strutture politiche nazionali, cantonali e comunali vanno spiegate prima di quanto avvenga ora, possibilmente nella prima e nella seconda classe del grado superiore.

A supporto dell'introduzione dell'età di voto a 16 anni vi sono in particolare le ragioni seguenti:

1. Maggiore peso politico dei giovani nel quadro di votazioni ed elezioni cantonali/comunali

In caso di questioni comunali e cantonali che li riguardano, talvolta anche in misura importante, i giovani vengono al momento solo scarsamente o per niente coinvolti nei processi politici ordinari.

2. Maggiore senso di responsabilità politica dei giovani

I giovani sono sempre più consapevoli dell'importanza di partecipare attivamente alla creazione del proprio futuro. Già durante il periodo scolastico i giovani vengono coinvolti e il loro interesse viene destato in misura crescente.

3. A questa età è ragionevole attendersi il necessario senso di responsabilità

A 16 anni i giovani si assumono già responsabilità elevate e devono procedere a valutazioni complesse nonché prendere decisioni (posto di tirocinio, traffico, ...). La partecipazione politica con diritto di voto e di elezione attivo è di conseguenza molto ragionevole.

4. Primo serio confronto dei giovani con la politica

La proposta offre ai giovani minorenni che hanno compiuto 16 anni e sono di cittadinanza svizzera la possibilità di esprimere la propria opinione non solo manifestando, bensì partecipando in modo efficace alla politica. L'esempio delle manifestazioni per il clima mostra che il desiderio dei giovani di contribuire a dare forma al futuro è visibile come non lo è più stato da anni. Ma anche il dibattito relativo alla pandemia di coronavirus ha interessato i giovani e ha portato a maggiori adesioni ai partiti giovanili. La digitalizzazione e la previdenza sono altri temi molto apprezzati dai giovani e per i quali essi si impegnano. Sulla base di questi esempi risulta in modo chiaro che l'interesse ai temi politici d'attualità è dato e che i giovani desiderano hanno voglia di impegnarsi.

5. Seguire l'esempio positivo del Cantone di Glarona

Già nel 2007 il Cantone di Glarona, tendenzialmente conservatore, ha mostrato che un'attuazione è possibile e si dimostra valida. I Grigioni devono seguire questo esempio positivo.

6. Rafforzamento del legame con la terra d'origine

L'integrazione attiva anticipata dei minorenni nella politica comunale offre la possibilità di contribuire a creare un futuro interessante e a rafforzare il legame con il luogo d'origine. In questo modo sarebbe possibile contrastare meglio un'eventuale emigrazione.

Le firmatarie e i firmatari considerano l'integrazione rafforzata e attiva dei giovani in politica come molto importante e urgente. L'accoglimento e l'ulteriore elaborazione dell'incarico rafforzano la coscienza politica e il sistema di milizia.

Per tutte le ragioni summenzionate, il Governo viene con ciò incaricato di modificare la Costituzione cantonale affinché le persone di cittadinanza svizzera residenti nel Cantone dei Grigioni dispongano del diritto di elezione e di voto attivo in questioni cantonali e comunali a partire dal compimento dei 16 anni.

Derungs, Müller (Felsberg), Favre Accola, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Berweger, Brunold, Buchli-Mannhart, Cahenzli-Philipp, Caluori, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Coira), Clalüna, Danuser, Degiacomi, Della Cà, Della Vedova, Deplazes (Rabius), Ellemunter, Epp, Felix, Florin-Caluori, Flütsch, Föhn, Gartmann-Albin, Geisseler, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Horrer, Jochum, Kappeler, Kohler, Kunfermann, Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Papa, Paterlini, Perl, Pfäffli, Preisig, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauer, Salis, Sax, Schmid, Schutz, Stiffler, Thomann-Frank, Ulber, von Ballmoos, Weidmann, Wellig, Widmer-Spreiter (Coira), Wilhelm, Zanetti (Landquart), Bisaz, Bürgi-Büchel, Collenberg, Gujan-Dönier, Heini, Pajic, Spadarotto, Tomaschett (Coira)